

Die kantonalen Volksabstimmungen 1966-1970

Autor(en): **Gullo, Ruth**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Annuaire suisse de science politique = Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft**

Band (Jahr): **11 (1971)**

PDF erstellt am: **25.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-171680>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

DIE KANTONALEN VOLKSABSTIMMUNGEN

1966-1970

RUTH GULLO

*Assistentin am Forschungszentrum für Geschichte und Soziologie der schweizerischen Politik,
Universität Bern*

In 21 Kantonen und Halbkantonen¹ fanden von 1966-1970 517 Volksabstimmungen statt; davon waren 34 fakultative Referenden, 21 Initiativen und 18 Gegenvorschläge zu Initiativen. In der Folge soll versucht werden, die Abstimmungen kurz zu kommentieren. Selbstverständlich kann es sich dabei nur um eine Grobanalyse handeln; eine differenziertere Darstellung würde Einzeluntersuchungen jeder der 517 Abstimmungen voraussetzen, um anhand der politischen, sprachlichen, konfessionellen und sozialen Gegebenheiten Angaben über das Abstimmungsverhalten der Stimmberechtigten machen zu können. Indessen lassen sich schon aus dem blossen Zahlenmaterial gewisse Tendenzen herauslesen.

In *Tabelle 1* sind die Kantone nach der Durchschnittsstimmbeteiligung, berechnet aus den Jahresdurchschnitten der fünf Abstimmungsjahre, geordnet. Es fällt auf, dass je sechs Kantone eine Stimmbeteiligung zwischen

Tabelle 1 : Durchschnittsstimmbeteiligung

10-20 %	20-30 %	30-40 %	40-50 %	50-60 %	über 60 %
GE (15,55)	VD (26,63)	BE (32,49)	SZ (42,87)	FR (52,19)	AG (64,71)
NE (16,48)	BS (29,31)	BL (32,74)	ZG (43,32)	UR (53,54)	SH (76,98)
		LU (33,69)	TI (44,13)	TG (56,03)	
		SO (34,88)	GR (45,77)		
		VS (36,32)	SG (46,96)		
		OW (39,87)	ZH (49,58)		

30 % und 40 %, respektive zwischen 40 % und 50 % aufweisen, während vier unter 30 % und fünf über 50 % liegen. An der Spitze finden wir Schaffhausen, das mit 76,98 % durchschnittlicher Stimmbeteiligung den nachfolgenden Aargau um mehr als 12 % übertrifft. In den fünf Kantonen (AG, SG, SH, TG und ZH), in denen ein Stimmzwang in der Form von Bussen bei Nichterfüllung der Stimmpflicht oder Nichtabgeben des Stimmrechtsausweises

¹ Die Liste der kantonalen Abstimmungen findet sich am Schluss. In den Landsgemeindekantonen Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, Glarus und Nidwalden fanden keine Volksabstimmungen statt.

eingerrichtet ist, beträgt die Stimmbeteiligung mehr als 46 %, in zwei davon (AG, SH) mehr als 60 %. Diese Zahlen sprechen für die Effizienz solcher Massnahmen. Von den fünf welschen Kantonen liegt einzig Freiburg über dem schweizerischen Durchschnitt von 41,62 %; Genf, Neuenburg und Waadt weisen die niedrigste Stimmbeteiligung auf. Bei diesen Feststellungen darf nicht ausser acht gelassen werden, dass wichtige eidgenössische Abstimmungen einen starken Einfluss auf die kantonalen Abstimmungen haben können. Für das Jahr 1970 wurde diese Frage näher überprüft, wobei sich ergab, dass die eidgenössischen Abstimmungen vom 27. September und 15. November¹ keinen spezifischen Einfluss ausübten. In neun gleichzeitig durchgeführten kantonalen Abstimmungen erhöhete sich die Stimmbeteiligung um Werte zwischen 0,43 % und 7,1 % gegenüber dem Jahresdurchschnitt, in weiteren neun Fällen verminderte sie sich indessen um Werte zwischen 0,4 % und 9 %. Ganz anders lauten die Zahlen für die eidgenössische Abstimmung vom 7. Juni über die Uberfremdungsinitiative. In den Kantonen Solothurn, Bern und Freiburg wurden gleichzeitig kantonale Abstimmungen durchgeführt. In Solothurn und Bern erhöhete sich die Stimmbeteiligung um 35,3 % respektive 32,2 % gegenüber dem Jahresdurchschnitt 1970, in Freiburg um 21,3 % gegenüber dem Jahresdurchschnitt 1969.

Dieses hohe Ansteigen der Stimmbeteiligung um mehr als ein Fünftel bis mehr als ein Drittel muss bei der Deutung von *Tabelle 2*, die die Entwicklung der Stimmbeteiligung während der letzten fünf Jahre zeigt, be-

Tabelle 2 : Entwicklung der Stimmbeteiligung von 1966/67 bis 1969/70

mehr als -5 %	bis -5 %	bis +5 %	mehr als +5 %
TI (21,4)	AG (4,64)	NE (0,02)	VS (9,31)
OW (18,68)	BS (3,63)	GR (2,89)	BE (10,02)*
	ZH (1,92)	TG (2,97)	SO (15,49)*
	BL (1,72)	GE (3,4)	
	SZ (1,61)	UR (4,27)	
	SH (1,33)		
	SG (1,11)		

* Einfluss der eidg. Volksabstimmung vom 7. Juni.

rücksichtigt werden². Das Pauschalurteil von der sinkenden Stimmbeteiligung muss differenziert werden. Wohl stimmt die Feststellung für neun Kantone, wobei die hohen Werte von Obwalden und Tessin zu ihrer Er-

¹ 27. September 1970 Verfassungsartikel betreffend Förderung von Turnen und Sport und Initiative Recht auf Wohnung, 15. November 1970 Bundesfinanzreform.

² Um die Entwicklung aufzuzeigen, wurden die Durchschnittszahlen der Stimmbeteiligung von 1966/67 und 1969/70 einander gegenübergestellt. Vergleichszahlen fehlen für Freiburg, Luzern, Waadt und Zug, wo nicht jedes Jahr Abstimmungen stattfanden.

klärung einer eingehenderen Untersuchung bedürften; acht Kantone indessen weisen steigende Zahlen auf, darunter drei welsche Kantone. Der Versuch, die Einwirkung des Frauenstimmrechts auf die Stimmbeteiligung zu zeigen, stiess insofern auf Schwierigkeiten, als in den Kantonen Basel-Stadt (kantonales Frauenstimmrecht seit 1966) und Basel-Landschaft (seit 1968), in denen die Frauen erstmals während der Untersuchungsperiode an Abstimmungen teilnahmen, die Abstimmung über die Wiedervereinigung vom 7. Dezember 1969 mit Rekordstimmbeteiligungen von 43,75 % (BS) und 75,86 % (BL) das Bild verfälschte. Die Wiedervereinigungsabstimmung lässt aber auch erkennen, dass wichtige Abstimmungen über grundsätzliche Fragen die Stimmbürger an die Urnen zu bringen vermögen. Eine weitere Fragestellung lautete, ob umstrittene Abstimmungsvorlagen, wobei hier, da Einzelanalysen nicht vorgenommen wurden, die fakultativen Referenden, die Initiativen und die Gegenvorschläge in Betracht gezogen wurden, die Stimmbeteiligung zu beeinflussen vermögen. Von den 73 Abstimmungen liegt für je 33 die Stimmbeteiligung über respektive unter dem Jahresdurchschnitt, während in sieben Fällen die betreffende Abstimmung im Kanton die einzige des Jahres war. Die Frage lässt sich also nicht beantworten.

Das gleiche gilt für die Überlegung, wieweit die Häufigkeit von Abstimmungen einen Einfluss auf die Stimmbeteiligung hat, wobei nicht auf die Zahl der Urnengänge, sondern auf die Zahl der Sachfragen abgestellt wurde (*Tabelle 3*). Von neun Kantonen, in denen die Zahl der Abstimmungen unter dem schweizerischen Durchschnitt (24,6 Abstimmungen) lag,

Tabelle 3 : Häufigkeit von Volksabstimmungen (Anzahl Sachfragen)

Kantone mit überdurchschnittlicher Stimmbeteiligung sind kursiv gedruckt.

1-10	11-20	21-30	31-40	41-50	51-60
<i>ZG (1)</i>	GE (11)	<i>SG (25)</i>	BL (32)	BE (48)	SO (56)
VD (3)	OW (16)	<i>SH (27)</i>	<i>GR (33)</i>		<i>ZH (59)</i>
<i>FR (5)</i>	<i>UR (18)</i>	<i>TG (27)</i>	NE (36)		
LU (6)	VS (20)	BS (28)			
<i>TI (7)</i>		<i>SZ (29)</i>			
		<i>AG (30)</i>			

wiesen vier Kantone überdurchschnittliche, fünf dagegen unterdurchschnittliche Stimmbeteiligung auf (Durchschnitt 41,62 %). Für die zwölf Kantone mit einer überdurchschnittlichen Zahl von Abstimmungen lautet das entsprechende Verhältnis sieben zu fünf. Dabei ist zu berücksichtigen, dass zu den sieben Kantonen mit überdurchschnittlicher Abstimmungshäufigkeit und überdurchschnittlicher Stimmbeteiligung die fünf Kantone mit Stimmzwang gehören. Gleichwohl darf festgehalten werden, dass die Häufigkeit der Abstimmungen nicht unbedingt die Stimmbeteiligung herunterdrückt. Von den sieben Kantonen ohne obligatorisches Gesetzes- oder Finanz-

referendum ¹ hatte einzig Basel-Stadt, das jedoch als Stadtkanton besondere Verhältnisse aufweist, eine überdurchschnittliche Abstimmungshäufigkeit, während in der Waadt und in Zug vom Referendum nur je einmal Gebrauch gemacht wurde. Wenn die Häufigkeit des Gebrauchs von Initiative und Referendum im Verlauf der fünf Jahre betrachtet wird, fällt auf, dass nach einer langsam steigenden Anzahl 1966-1969 1970 fast eine Verdoppelung erfolgte ².

Von den 517 kantonalen Vorlagen wurden 88 (17 %) von den Stimmbürgern verworfen. *Tabelle 4* zeigt den Prozentsatz der Verwerfungen für die einzelnen Kantone ³. Die grössere Zahl der Kantone erwies sich als

Tabelle 4 : Verworfenne Abstimmungen in %

0-10 %	11-20 %	21-30 %	über 30 %
TG (3,7)	UR (11,1)	BL (21,9)	TI (42,9)
NE (5,6)	SG (12)	AG (26,7)	GE (45,5)
BE (6,3)	GR (15,2)	BS (28,6)	SZ (48,3)
ZH (6,8)	LU (16,7)	VS (30)	VD (66,7)
SO (8,9)	SH (18,5)		
	OW (18,8)		
	FR (20)		

recht annahmefreundlich, das heisst, die Stimmbürger verwarfen höchstens ein Fünftel der Vorlagen. Für die acht Kantone mit höheren Verwerfungsquoten lassen sich kaum gemeinsame Merkmale feststellen; es kann einzig ausgesagt werden, dass die Hälfte kein obligatorisches Referendum kennt, und dass beide Stadtkantone dazugehören. Aus den 88 abgelehnten Vorlagen wurden 15 Fälle extremer Verwerfung (stärker als 2:1) ausgezählt. Davon betrafen 11 Fälle Kantone mit hoher Verwerfungsquote (Basel-Stadt 3, Genf 1, Schwyz 2, Tessin 1, Waadt 2 ⁴ und Wallis 2) und je ein Fall Graubünden, Luzern, Neuenburg und Zürich. Bei zwei Dritteln der extrem deutlich verworfenen Vorlagen handelte es sich um fakultative Referenden oder Initiativen, von den fünf ordentlichen Referenden betrafen drei die Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern. Das Walliser Gesetz über die Besteuerung der Motorfahrzeuge von 1970 wurde mit 83,2 % Nein-Stimmen am stärksten verworfen, gefolgt von einem Gebäude- und einem Bahnkredit in Basel-Stadt mit 76,7 % und 74,6 % Nein-Stimmen. Auch für diese Fälle extremer Verwerfungen ist festzuhalten, dass nach einer eher geringen Häufigkeit bis

¹ Es handelt sich um die Kantone Basel-Stadt, Freiburg, Genf, Luzern (seit 1969 obligatorisches Finanzreferendum), Tessin, Waadt und Zug.

² 1966: 4 Initiativen, 2 Referenden; 1967: 2 Initiativen, 6 Referenden; 1968: 1 Initiative, 8 Referenden; 1969: 5 Initiativen, 6 Referenden; 1970: 9 Initiativen, 12 Referenden.

³ Zug mit nur einer angenommenen Vorlage ist nicht aufgeführt.

⁴ In der Waadt wurden von insgesamt drei Abstimmungen zwei extrem stark verworfen.

1969 die Zahl 1970 auf sieben Fälle anstieg¹. Der erhöhte Gebrauch der Volksrechte und die steigende Zahl extremer Verwerfungen von Abstimmungsvorlagen kann als Anzeichen für die zunehmende politische Unruhe in einzelnen Kantonen gedeutet werden.

In der Folge sollen einzelne Gegenstände, über die in mehr als vier Kantonen abgestimmt wurde, näher betrachtet werden. Zunächst wird sichtbar, dass Sozialausgaben mit zum Teil grossem Nutzniesserkreis wie Kinderzulagen und Ergänzungsleistungen zu AHV und IV mit den grössten Mehrheiten angenommen wurden, Kinderzulagen mit 67,63-84,66 % Ja-Stimmen, Ergänzungsleistungen zu AHV und IV mit 84,94-95,16 % Ja-Stimmen. Unumstritten waren auch Spitalbauten, die mit 73,26-92,55 % Ja-Stimmen genehmigt wurden, mit Ausnahme eines Kredites für eine neue Frauenklinik in Zürich 1967, dem nur 53,49 % der Stimmberechtigten zustimmten. Bei Schul- und Universitätsbauten nahmen die Prozente der Ja-Stimmen in einzelnen Kantonen langsam ab² und zum Teil wurden Vorlagen verworfen, zum Beispiel in Zürich 1967 die Kantonsschulanlage Zürich-Oerlikon (36,63 % Ja-Stimmen) und, als aufseherregendstes Beispiel, 1970 in St. Gallen ein Kredit für Erweiterungsbauten der Hochschule (48,68 % Ja-Stimmen). Auch bei den Abstimmungen über die Schulgesetzgebung lässt sich ein verhältnismässiges Anwachsen der Nein-Stimmen feststellen, wenn auch hier der Inhalt der Vorlagen für das Stimmverhalten von grösserer Bedeutung ist. So wurde z. B. in Schwyz 1967 die Einführung eines Erziehungsberatungsdienstes bei nur 33,4 % Ja-Stimmen extrem stark verworfen, während in den übrigen Kantonen Schulgesetzrevisionen mit zum Teil recht deutlichen Ja-Überschüssen regelmässig angenommen wurden. Um so alarmierender wirkte die knappe Ablehnung der Schulgesetzrevision mit der umstrittenen Kompetenzübertragung für die Festlegung des Herbstschulbeginns an den Grossen Rat im Kanton Aargau 1970 (49,72 % Ja-Stimmen), vor allem wegen ihrer hemmenden Wirkung auf die interkantonalen Koordinationsbestrebungen im Schulwesen. Revidierte Stipendengesetze wurden zwar in allen Kantonen, in denen sie zur Abstimmung kamen (AG, GE, GR, NE und SG), angenommen, aber nicht mit sehr hohen Ja-Überschüssen (54,8-62,58 % Ja-Stimmen).

Ein Vergleich zwischen Vorlagen über Einschränkung und Erweiterung der Volksrechte macht deutlich, dass die Stimmbürger über ihre Rechte wachen. Während nämlich Vorlagen, die eine Erweiterung der Volksrechte brachten (z. B. Amtszeitbeschränkung der Mitglieder des Grossen Rates oder Einführung der formulierten Gesetzesinitiative) mit 55,81-76,16 % Ja-Stimmen regelmässig Zustimmung fanden, wurden Vorlagen über die Einschränkung der Volksrechte mehrheitlich abgelehnt. Insbesondere die Er-

¹ 1966: 1; 1967: 3; 1968: 3; 1969: 1; 1970: 7.

² Beispiele: Universitätsbauten Bern 1969 66,85 % Ja-Stimmen; Juni 1970 61,65 % Ja-Stimmen; September 1970 59,09 % Ja-Stimmen. Schulbauten Solothurn 1967 74,58 % Ja-Stimmen; 1969 62,93 % Ja-Stimmen.

höhung der Unterschriftenzahlen für Initiativen und Referenden stiess in Basel-Stadt und Genf auf Ablehnung¹, während in Bern die teilweise Ersetzung des obligatorischen durch das fakultative Finanzreferendum angenommen wurde.

Dass Fragen des Steuerwesens keine grosse Begeisterung auszulösen vermochten, ist nicht verwunderlich. Immerhin wurden von vierzehn Steuervorlagen drei, und zwar knapp, abgelehnt (46,42-87,25 % Ja-Stimmen). Das Gegenteil gilt für die Abstimmungen über Strassenverkehrsabgaben, wo nur zwei von acht Vorlagen die Zustimmung der Stimmbürger erhielten (16,78-57,64 % Ja-Stimmen).

In 14 Kantonen fanden von 1966-1970 23 Abstimmungen über Frauenstimmrechtsvorlagen statt, die von der Mitbestimmung in Schulgemeinden bis zur Gleichberechtigung in kantonalen Angelegenheiten reichten. Die Stimmbeteiligung lag bei 20 Abstimmungen über dem Jahresdurchschnitt. In den Kantonen Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Freiburg, Tessin, Luzern, Wallis und Zürich nahmen die Stimmbürger Vorlagen über das kantonale Frauenstimmrecht mit 60-71,01 % Ja-Stimmen an, in Bern, Obwalden und Solothurn über das fakultative Gemeindefrauenstimmrecht mit 52,11-79,6% Ja-Stimmen. Dagegen verwarfen sie in Schaffhausen, Graubünden und St. Gallen alle Frauenstimmrechtsvorlagen mit 38,92-47,28 % Ja-Stimmen. Der Thurgau führte mit einer knappen Mehrheit von 50,76 % Ja-Stimmen das Frauenstimmrecht in Schulgemeinden ein.

Die festgestellten Tendenzen spiegeln die Vielgestaltigkeit des politischen Lebens in den Kantonen wieder, die trotz der oft beklagten fortschreitenden Zentralisierung weit davon entfernt sind, blosser Verwaltungseinheiten des Bundes zu verkörpern. Ob indessen die häufigen Urnengänge über zum Teil unwichtige Vorlagen in der heutigen Zeit noch zu rechtfertigen seien, diese sich aufdrängende Frage ist schwer zu beantworten. Weder die Entwicklung der Stimmbeteiligung noch das Stimmverhalten der Stimmberechtigten in Kantonen mit überdurchschnittlicher Abstimmungshäufigkeit lassen eine eindeutig verneinende Antwort zu. Und doch lohnt sich fraglos der finanzielle und zeitliche Aufwand nicht, wenn sich nur 6,5 oder 6,7 % der Stimmberechtigten an die Urnen begeben, um unbestrittene Kreditbegehren deutlich anzunehmen (Beispiele: Neuenburg 3. Juli 1966 und 3. November 1968). Sehr schwierig wäre indessen die Abgrenzung, welche Sachfragen dem Stimmbürger zur Entscheidung zu unterbreiten seien und welche nicht. Voraussetzung wäre ein Neuüberdenken der Kantonsverfassungen in bezug auf die Volksrechte², das, von einem möglichst grossen Teil der Bevölkerung getragen (Parteien, politische und z. T. kulturelle Vereinigungen), nicht länger hinausgezögert werden sollte.

¹ Im Tessin wurde die Erhöhung der Unterschriftenzahlen neben einer ganzen Reihe von weiteren Verfassungsrevisionsvorlagen deutlich angenommen.

² Auf eidgenössischer Ebene ist die Kommission Wahlen an der Arbeit.

Kantonale Volksabstimmungen 1966-1970

	Datum	Gegenstand	Rechts- form ¹	Ja	Nein
<i>Aargau</i>					
1966	5.5 64,49 %	Erhöhung der Kompetenzsumme des Grossen Rates	O	28 790	31 202
		Revision des Einführungsgesetzes zum OR (Ferienregelung)	O	46 055	15 280
	16.10 73,8 %	Neues Steuergesetz	O	38 748	33 228
		Gesetz über Ergänzungsleistungen zu AHV und IV	O	61 489	10 902
	11.12 61,71 %	Staatsbeitrag an Ausbau der Schweiz. Anstalt für Epileptische	O	47 041	12 110
		Revision des Gesetzes über Wahlen und Abstimmungen (Gemeindeversammlung)	G	35 017	23 399
1967	23.4 67,9 %	Revision des Strassenbaugesetzes	O	29 953	36 205
		Zivilschutzgesetz	O	31 547	34 492
		Gesetz über sozialen Wohnungsbau	O	31 043	35 020
1968	18.2 67,67 %	Erhöhung der Zahl der Regierungsräte (Verfassungsrevision)	O	23 250	41 615
		Beschränkung der Zugehörigkeit der Regierungsräte zur Bundesversammlung (Verfassungsrevision)	O	35 103	26 758
	19.5 67,52 %	Revision des Kinderzulagengesetzes	O	47 845	19 163
	29.9 58,24 %	Gesetz über Verwaltungsrechtspflege	O	28 588	25 290
		Revision des Schulgesetzes (neue Mittelschulkonzeption)	O	34 567	20 368
	15.12 61,5 %	Kulturgesetz	O	32 189	27 923
		Stipendiengesetz	O	37 639	23 016
1969	1.6 66,36 %	Wohnbauförderungsgesetz	O	46 559	17 583
		Neues Jagdgesetz	O	38 552	25 306
		Konkordat über landwirtschaftl. Technikum Zollikofen	O	33 090	27 088
	29.6 60,32 %	Neues Strassenbaugesetz	O	37 270	22 793
		Beitrag an Arbeitszentrum für Behinderte in Strengelbach	O	50 715	9 381
	14.12 63,08 %	Reusstalgesetz	O	32 556	30 527
		Revision des Gesundheitsgesetzes	O	33 504	27 814
1970	10.5 60,86 %	Einführungsgesetz zum eidg. Berufs- bildungsgesetz	O	37 974	21 561
		Einrichtung der Vorbereitungsstufe einer Hochschule	O	31 460	28 945

¹ O = Obligatorisches Referendum, F = Fakultatives Referendum, I = Initiative, G = Gegen-
vorschlag zu Initiative.

		Revision des Schulgesetzes	O	29 705	30 041
27.9		Kredit für neue kantonale			
64,51 %		Motorfahrzeugkontrolle	O	38 917	27 826
15.11		Initiative für neues Reusstalgesetz	I	32 236	36 698
62,47 %		Erhöhung des Grossratstaggeldes	O	29 424	39 469
20.12		Revision des Gesetzes über die direkten			
60,35 %		Steuern und den Finanzausgleich	O	31 766	29 783
<i>Basel-Landschaft</i>					
1966	13.3	Grundsatzfrage über Verfassungsrevision			
	32,18 %	zur Einführung des Frauenstimmrechts	O	8 321	6 210
	5.6	Revision des Schulgesetzes	O	7 816	1 547
	21,41 %	Gesetz über Ergänzungsleistungen zu			
		AHV und IV	O	9 119	572
	27.11	Zuschlagssteuergesetz	G	8 271	9 545
	38,58 %				
1967	4.6	Verfassungsartikel über Einführung des			
	28,55 %	Frauenstimmrechts	O	8 506	4 810
		Gesetz über Wasserversorgung der			
		Gemeinden	O	11 362	1 891
		Gesetz über Nutzung und Schutz des			
		Grundwassers	O	11 540	1 741
	2.7	Einführungsgesetz zum eidg. Arbeitsgesetz	O	10 242	5 031
	34,51 %				
	24.9	Bau einer Arbeitserziehungsanstalt	F	6 903	3 631
	22,39 %	Revision des Gesetzes über die Enteignung	O	5 718	4 629
	19.11	Neues Einführungsgesetz über Jagd und			
	59,17 %	Vogelschutz	O	21 953	5 084
	17.12	Revision des Besoldungsgesetzes	O	9 593	6 052
	33,3 %				
1968	18.2	Revision des Ladenschlussgesetzes	O	6 363	12 205
	39,08 %	Verfassungsrevision zum Initiativrecht	O	10 553	6 489
		Neues Baugesetz	O	10 943	7 282
		Revision des Pflegekindergesetzes	O	15 190	3 085
	23.6	Gesetz über Einführung des Frauen-			
	28,59 %	stimmrechts in kantonalen			
		Angelegenheiten	O	9 374	4 396
		Revision des Schulgesetzes	O	10 786	2 865
		Revision des Versicherungsgesetzes	O	11 460	2 252
	27.10	Revision des Steuergesetzes	O	17 480	19 052
	35,91 %				
1969	1.6	Revision des Ruhetagesgesetzes	O	22 308	4 089
	25,31 %				
	14.9	Verfassungsrevision zur Einführung der			
	17,64 %	formulierten Gesetzesinitiative	O	13 031	5 221
	7.12	Verfassung eines Kantons Basel	O	33 222	48 183
	75,86 %	Hauptgrundsätze der Gesetzgebung eines			
		Kantons Basel	O	33 221	48 163

		Wahlgesetz eines Kantons Basel	O	33 196	48 134
		Geschäftsordnung des Kantonrates eines Kantons Basel	O	33 162	48 152
1970	1.2 22,66 %	Einführung des Wohnortsprinzips in der Armenfürsorge	O	16 567	6 267
		Erweiterung des fakultativen Finanzreferendums und Neuregelung der Finanzkompetenzen	I 1)	16 073	4 811
			2)	16 571	4 460
			3)	14 207	3 464
		Revision des Gesetzes über Ergänzungsleistungen zu AHV und IV	O	21 943	2 090
		Gesetz über kantonale Beihilfen zu AHV und IV	O	21 969	2 096
	27.9 24,88 %	Neues Gemeindegesezt (mit Gemeindefrauenstimmrecht)	O	21 566	5 010
	15.11 22,23 %	Revision des Schulgesetzes (Pflichtstunden der Reallehrer)	O	18 107	5 945
Basel-Stadt					
1966	26.6 34,49 %	Frauenstimmrecht	O	13 713	9 141
	11.9 24,63 %	Initiative für Amtszeitbeschränkung der Mitglieder des Grossen Rates	I	9 063	7 176
		Initiative für Sicherung der Gewaltentrennung	I	10 375	5 698
		Beteiligung an der Kapitalerhöhung der Balair	F	6 495	9 717
1967	2.7 31,11 %	Kredit zur Information der Bevölkerung über den Gesamtverkehrsplan	F	31 934	14 177
		Kredit zur Errichtung einer Sporthalle in St. Jakob	F	26 793	19 992
		Kredit zur Korrektur der St.-Jakobs-Strasse	F	34 531	12 000
	17.12 39,6 %	Staatsbeitrag von 6 Mio Fr. für 2 Picasso-Gemälde	F	32 118	27 190
1968	19.5 16,84 %	Anschaffung einer elektronischen Datenverarbeitungsanlage	F	14 856	10 167
		Einleitung einer Verfassungsrevision zur Erhöhung der Unterschriftenzahlen bei Initiative und Referendum	F	8 127	16 962
	24.11 30,67 %	Neubau des Gerichtsgebäudes an der Bäumlingasse	F	10 619	34 974
		Abbruchgesetz	F	24 405	21 318
		Erhöhung des Normalgaspreises	F	24 655	20 474
1969	1.6 26,17 %	Initiative zur Erhaltung der Grundwasserschutzzone Lange Erlen	I	25 001	13 459
	23.11 21,23 %	Revision des Schulgesetzes (Pflichtstundenzahl der Lehrer)	F	21 859	8 447

	7.12	Verfassung eines Kantons Basel	O	43 786	22 024
	43,75 %	Hauptgrundzüge der Gesetzgebung eines Kantons Basel	O	43 753	21 999
		Wahlgesetz eines Kantons Basel	O	43 704	21 845
		Geschäftsordnung des Kantonsrats eines Kantons Basel	O	43 657	21 828
1970	26.4	Beitrag an Sanierung der Birseckbahn	F	9 399	27 675
	25,1 %	Neubau zweier Turnhallen und einer Schwimmhalle an der Rittergasse	F	18 435	18 693
		Revision des Gesetzes über die Pensions-, Witwen- und Waisenkasse	F	26 115	10 038
	27.9	Kredit für Umbau zweier Liegenschaften am Kohlenberg für Staatsanwaltschaft	F	28 830	13 817
	29,85 %	Verlängerung des Cityrings	F	27 072	16 690
		Kredit für Rollmaterial der Basler Verkehrsbetriebe	F	26 752	16 790
		Miete von Räumen im « Birstalerhof » für Erziehungsdepartement	F	21 218	21 346
		Gesetz über Parkverbot in der Innenstadt	F	18 275	23 048
Bern					
1966	17.4	Gesetz über Kinderzulagen	O	58 641	12 258
	27,2 %	Einführungsgesetz zum Arbeitsgesetz	O	47 406	21 844
		Einführungsgesetz zum eidg. Wohnbauförderungsgesetz	O	50 724	19 741
		Neues Gesetz über die Lehrerausbildung	O	38 192	31 618
		Filmvorführungsgesetz	O	44 441	24 340
		Gesetz über Ergänzungsleistungen zu AHV und IV	O	66 014	5 592
1967	9.4	Ermächtigung des Regierungsrates zur Aufnahme von Anleihen	O	38 860	32 174
	27,1 %	Neubau des Lehrerseminars Pruntrut	O	45 565	25 987
		Erstellung von Neubauten in der Heil- und Pflegeanstalt Waldau	O	60 107	11 621
		Einführungsgesetz zum KUVG	O	53 343	16 973
		Neues Gesetz über Jagd, Wild- und Vogelschutz	O	53 766	17 409
1968	18.2	Ermächtigung der Gemeinden zur Einführung des Frauenstimmrechts	O	64 102	58 844
	45,9 %	Staatsbeiträge für Privatbahnhilfe	O	59 127	59 388
		Revision des Salzgesetzes	O	70 321	50 509
	19.5	Herabsetzung des Wählbarkeitsalters (Verfassungsrevision)	O	45 675	27 094
	27,7 %	Neu- und Umbauten im Amtshaus Aarberg	O	44 202	28 367
	29.9	Gesetz über Finanzausgleich	O	43 730	38 804
	32,5 %	Finanzhaushaltgesetz	O	49 345	33 094

	1.12 29,1 %	Erstellung einer psychiatrischen Beobachtungsstation für Jugendliche	O	50 983	25 700
		Neubau der Haushaltungsschule Schwand	O	52 664	24 158
		Neu- und Umbauten im Amtsgericht Delsberg	O	44 329	32 194
1969	4.5 26,9 %	Gesetz über konzessionierte Transport- unternehmungen	O	46 572	22 988
		Gesetz über Handel, Gewerbe und Industrie	O	46 897	22 041
		Neues Gesetz über Berufsbildung	O	54 543	15 101
		Neubau des chemischen Instituts der Universität	O	47 110	23 365
		Beteiligung an Kapitalerhöhung der BKW	O	43 489	26 513
	26.10 35,5 %	Kredit für olympische Winterspiele 1976	O	46 586	49 625
		Kredit für Privatbahnhilfe	O	62 427	32 079
		Revision des Fischereigesetzes	O	65 788	26 662
		Revision des Gesetzes über Kinderzulagen für Arbeitnehmer	O	78 887	14 295
		Revision des Gesetzes über die Lehrer- ausbildung	O	70 666	22 841
		Beitrag an Stiftung Schulheim Rossfeld	O	71 906	22 334
1970	1.2 41,3 %	Kredit für Umbau von Verwaltungs- gebäuden in Bern	O	52 726	56 569
		Kredit für Erneuerung der Psychiatrischen Universitätsklinik Waldau	O	83 148	27 061
	1.3 37,9 %	Zusatz zur Staatsverfassung des Kantons Bern hinsichtlich des jurassischen Landsteils	O	90 358	14 133
		Revision des Gesetzes über Abstimmungen und Wahlen (Briefliche Stimmabgabe)	O	73 442	29 533
	7.6 68,92 %	Ausbau des Instituts für exakte Wissenschaften	O	101 741	63 283
		Landwirtschaftliche Schule in Ins	O	106 075	54 601
		Zivilschutz-Ausbildungszentrum in Kappelen bei Lyss	O	98 650	68 779
		Revision des Baugesetzes	O	94 894	49 739
		Gesetz über Grundsätze des verwaltungs- internen Verfahrens und Delegation von Verwaltungsbefugnissen	O	86 786	73 703
		Gegenvorschlag zur Ferieninitiative	G	101 017	62 915
	27.9 33,47 %	Erhöhung der Finanzkompetenzen des Regierungsrats (Verfassungsrevision)	O	50 858	35 778
		Einführung des fakultativen Finanz- referendums (Verfassungsrevision)	O	52 747	33 768
		Neubau eines Mehrzweckgebäudes für die phil.-hist. Fakultät	O	51 900	35 939
	15.11 34,16 %	Revision des Gesetzes über das Gastwirtschaftsgewerbe	O	58 614	30 570

		Erweiterung der Kinderpsychiatrischen Klinik Neuhaus	O	77 974	13 159
		Gesetz betr. Handänderungs- und Pfandrechtsabgaben	O	47 739	39 747
<i>Freiburg</i>					
1969	14.9 29,69 %	Feiertagsgesetz	F	7 286	7 473
	16.11 53,3 %	Grundsätzliche Zustimmung zur Einführung des Frauenstimmrechts (Verfassungsrevision)	O	19 038	7 772
1970	7.6 62,87 %	Verfassungsrevision zwecks Wahl der Ständeräte durch das Volk	I	22 986	8 238
		Verfassungsrevision zwecks Wahl der Oberamtmänner durch das Volk	I	21 235	10 121
		Verfassungsrevision zwecks Einführung des obligatorischen Finanzreferendums	I	20 454	10 796
<i>Genf</i>					
1966	18.12 18,9 %	Demokratisierung der Studien	G	16 968	13 219
		Revision des Volksinitiativrechts	O	26 975	2 526
1967	2.7 8,79 %	Totalrevision der Kantonsverfassung (periodische Volksbefragung)	O	4 113	9 395
1968	17.3 22,03 %	Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern	F	12 983	23 583
	8.12 17,02 %	Herabsetzung des Wählbarkeitsalters für Grossräte (Verfassungsrevision)	O	18 089	9 840
		Zulassung Beamter in den Grossen Rat (Verfassungsrevision)	O	10 974	17 281
		Einführung relativer Unterschriftenzahlen für Referendum und Initiative (Verfassungsrevision)	O	13 650	14 599
1970	3.5 6,9 %	Revision der Verfassungsbest. über die Grossratssitzungen	O	11 429	247
		Einführung stiller Richterwahlen (Verfassungsrevision)	O	9 302	2 365
		Einsetzung eines Verwaltungsgerichts (Verfassungsrevision)	O	11 450	231
	6.12 23,01 %	Beitritt zum IMP-Konkordat	F	14 085	25 052
<i>Graubünden</i>					
1966	27.3 50,13 %	Gesetz über Frauen-, Haushaltungs- und Bäuerinnenschulen	O	8 981	10 033
		Erhöhung der Beiträge an Verkehrsverein	O	9 573	9 105
		Revision des Schulgesetzes	O	11 015	7 739
		Revision des Stipendiengesetzes	O	11 631	6 956
		Gesetz über Ergänzungsleistungen zur AHV	O	17 487	2 114

	24.4	Gemeindegesezt	O	8 029	8 576
	44,32 %	Änderung von Art. 50 der Kantonsverfassung	O	8 483	7 775
		Revision des Gesetzes über die Subventionierung landwirtschaftlicher Maschinen	O	10 698	5 950
		Revision der Bestimmungen über den Fristenlauf	O	7 938	7 378
	16.10	Gesetz über Fortbildungsschulen und Erwachsenenbildung	O	9 978	8 279
	47,85 %	Gesetz über Wandergewerbe, Spiel- und Filmpolizei	O	8 837	8 701
		Kredit von 6,4 Mio Fr. für Verwaltungsgebäude	O	9 268	9 011
1967	29.1	Revision des Strassenfinanzierungsgesetzes	O	9 817	4 041
	36,41 %				
	12.3	Frauenbildungsgesetz	O	9 954	5 793
	41,4 %	Revision des Gesetzes über interkommunalen Finanzausgleich	O	9 830	5 729
	9.4	Einführung der Verwaltungsgerichtsbarkeit	O	9 512	4 250
	36,83 %				
1968	3.3	Revision des Gesetzes über Unvereinbarkeit von Ämtern und Anstellungen	O	11 274	5 134
	45,11 %	Gesetz über Förderung von Sonderschulungsheimen und Eingliederungsstätten	O	13 006	4 207
	7.4	Beteiligung am Technikum Buchs	O	15 271	6 231
	54,9 %				
	20.10	Einführung des Frauenstimmrechts in Kanton, Kreis und Gemeinde (Verfassungs- und Gesetzesrevision)	O	8 615	13 523
	55,3 %	Revision des Tierseuchenfondsgesetzes	O	14 058	6 476
		Neues Fischereigesetz	O	11 813	9 540
1969	2.3	Revision des Strassenfinanzierungsgesetzes (Erhöhung der Strassenschuld)	O	16 355	5 881
	57,11 %				
	20.4	Gesetz über Bergführer- und Skilehrerwesen	O	10 796	4 607
	40,19 %	Revision des Schulgesetzes (Einführung eines schulpsychologischen Dienstes)	O	10 429	5 216
	14.9	Konkordat über Rechtsbeihilfe bei Vollstreckung von Ansprüchen auf Armen-Unterstützungsrückerstattung	O	9 861	3 568
	35,37 %				
	9.11	Defizitgarantie für olympische Winterspiele 1976	O	15 710	6 690
	54,62 %				
1970	1.2	Kredit für Neubau des kantonalen Frauenspitals	O	15 359	3 787
	46,93 %	Revision des Gesetzes über Familienzulagen für Arbeitnehmer	G	15 293	3 414
	12.4	Ausbau der psychiatrischen Klinik Beverin	O	12 430	2 859
	38,18 %				

		Gesetz über Gebäudeversicherung	O	11 325	3 666
27.9		Strassenfinanzierungsgesetz (Sportbillettsteuer und allgemeine Steuererhöhung)	O	5 503	14 543
48,71 %		Gesetz über die Vertretung der Kreise im Grossen Rat	O	9 455	9 675
<i>Luzern</i>					
1969	4.5	Ermächtigung des Grossen Rates zur Bestimmung der Zahl der Amtsstatthalter (Verfassungsrevision)	O	12 031	4 944
	24,76 %				
	14.9	Abschaffung der Unterschriftenbeglaubigung bei Volksbegehren (Verfassungsrevision)	O	11 215	5 977
	24,2 %				
		Neuregelung des Finanzreferendums (Verfassungsrevision)	G	11 796	5 473
1970	25.10	Frauenstimmrecht im Kanton und in den Gemeinden (Verfassungsrevision)	I	25 206	14 802
	51,95 %	Termin der Grossrats-Wahlen (Verfassungsrevision)	O	28 393	9 141
	15.11	Erweiterung des Statthalteramtes	F	6 995	18 601
	33,85 %				
<i>Neuenburg</i>					
1966	20.3	Kredit von 8,6 Mio Fr. für Bodenverbesserungen und Wasserversorgung	O	17 925	2 574
	22,59 %	Schutz von Naturlandschaften	O	18 647	2 284
		Kredit von 1,25 Mio Fr. für Seminargebäude	O	15 931	4 418
		Kredit von 47 Mio Fr. für Ausbau des Strassennetzes	O	17 336	3 159
	3.7	Kredit von 8,5 Mio Fr. für Universitätsgebäude	O	4 568	1 543
	6,56 %	Kredit von 0,6 Mio Fr. für Maison pour jeunes filles	O	4 532	1 580
	16.10	Revision des Staatspersonalgesetzes	O	16 179	10 209
	28,48 %				
1967	2.7	Verbrennungsanstalt für Kadaver und Schlachthausabfälle	O	9 420	1 701
	11,84 %	Krankenversicherungsgesetz	G	17 032	2 559
	17.12	Spitalhilfegesetz	O	17 301	2 302
	20,98 %	Subvention von Spezialanstalten für Kinder und Jugendliche	O	17 695	1 867
1968	21.4	Revision der Strafprozessordnung	O	9 448	1 803
	12,66 %	Beitrag an kantonales Amt für Arbeitsmedizin und -hygiene	O	9 819	1 935
		Kredit für Neubau des kantonalen Gymnasiums La Chaux-de-Fonds	O	8 566	3 247
		Kredit für Gebäude im Universitätsviertel	O	8 528	3 233

		Revision des Berufsbildungsgesetzes	O	9 887	1 685
		Beiträge zur Förderung des Wohnungsbaus	O	9 705	2 016
	23.6 14 %	Kredite von 6,5 Mio Fr. für Meliorationsarbeiten	O	9 996	2 896
	3.11 6,7 %	Schaffung und Finanzierung einer Nervenheil klinik	O	4 908	1 395
		Kredit für Bau und Umbau von Strassenunterhaltszentren	O	4 951	1 392
1969	2.2 17,82 %	Herabsetzung des Wählbarkeitsalters für den Grossen Rat (Verfassungsrevision)	O	12 079	4 262
		Revision des Krankenversicherungsgesetzes	O	15 413	1 224
		Schulunfallversicherung	O	15 470	1 081
		Einführung der AHV- und IV-Ergänzungsleistungen	O	15 860	808
	1.6 11,49 %	Gesetz über Studien- und Lehrstipendien	F	5 885	4 854
	14.9 12,29 %	Beitrag an Eisenbahngesellschaft des Val-de-Travers	O	9 701	1 756
		Kredit für Bau eines baugewerblichen Berufszentrums	O	9 486	2 040
		Abkommen mit Diakonissen-Stiftung von St-Loup	O	10 300	1 125
	7.12 7,68 %	Kredit für Prüfungshalle der kantonalen Autobusbetriebe	O	4 513	2 670
		Schaffung eines Instituts für Mikrobiologie	O	5 463	1 754
		Kredit für Gebäude der psychiatrischen Klinik in Perreux	O	6 106	1 144
1970	1.2 23,33 %	Initiative für Erhöhung der Familienzulagen	I	6 450	15 530
	6.9 23,34 %	Steuerinitiative	I	7 985	14 015
		Ergänzungskredit für Kantonalstrassen	O	17 078	4 628
		Kredit für Renovation zweier Bauernhöfe	O	13 670	7 842
		Revision des Meliorationsgesetzes	O	15 422	5 232
<i>Obwalden</i>					
1966	15.5 67,75 %	Beibehaltung der Landsgemeinde (Konsultative Vorfrage für Totalrevision der Verfassung)	O	2 656	1 707
		Gesetz über Ergänzungsleistungen zu AHV und IV	O	3 823	388
		Gesetz über die Ausrichtung von Beiträgen an die Krankenkassen	O	3 408	648
		Gesetz über Massnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus	O	2 772	1 209
		Gesetz über die Zusammenlegung der Steuern	O	2 130	1 680

		Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Zivilschutz	O	2 088	1 642
		Revision des Besoldungsgesetzes (höhere Honorierung der Regierungsräte)	O	1 888	1 975
1967	21.5	Totalrevision der Kantonsverfassung	O	1 209	531
	29,09 %	Durchführung der Totalrevision durch einen Verfassungsrat	O	814	249
		Gesetz über Entschädigung der Mitglieder des Regierungsrates	O	840	863
1968	19.5	Neue Kantonsverfassung	O	2 388	645
	46,78 %	Revision des Schulgesetzes	O	2 021	877
	8.12	Neues Steuergesetz	O	1 679	951
	39,3 %				
1969	1.6	Revision des Familienzulagengesetzes	O	1 663	380
	29,75 %				
	14.9	Vollzugsgesetz zum Bundesgesetz über Tierseuchenbekämpfung	O	1 245	519
	25,8 %				
1970	20.12	Neues Gesetz über die Verkehrsabgaben	O	767	1 465
	31,71 %				
<i>Schaffhausen</i>					
1966	13.2	Ergänzungsleistungen zu AHV und IV	O	12 094	1 362
	77,33 %	Einführungsgesetz zum eidg. Zivilschutzgesetz	O	6 732	6 404
	4.9	Gegenvorschlag zur Steuergesetzinitiative	G	9 217	2 296
	71,92 %				
1967	12.3	Wohnbauförderung, sozial und allgemein	O	5 536	8 613
	80,62 %	Revision des Gesetzes über den Autobetrieb Schaffhausen-Schleitheim	O	8 659	4 985
		Gesetz über Beiträge an kommunale Schulhausbauten	O	9 201	4 672
	28.5	Einführung des Frauenstimmrechts in kantonalen und kommunalen Angelegenheiten	O	6 849	8 399
	83,8 %	Kredit für Ausbau der kantonalen psychiatrischen Klinik Breitenau	O	12 269	2 729
	3.9	Gegenvorschlag zur Feriengesetzinitiative	G	5 907	6 892
	75,18 %	Gegenvorschlag zur Gewaltentrennunginitiative	G	6 032	6 327
	3.12	Feriengesetzinitiative	I	7 722	6 386
	80,12 %	Gewalttrennunginitiative	I	7 675	6 119
1968	18.2	Öffentlich-rechtliche Anerkennung der römisch-katholischen Kirche	O	7 923	5 002
	78,63 %	Revision des Wahlgesetzes (Korrespondenzverfahren)	O	7 947	3 827
		Revision des Kinderzulagengesetzes	O	9 422	3 953

	19.5 77,57 %	Einführungsgesetz zum eidg. Berufsbildungsgesetz	O	9 484	3 308
	8.9 74,76 %	Erweiterung des Kantonsspitals Gesetz über Natur- und Heimatschutz	O	10 982	2 186
	3.11 82,8 %	Gesetz über Strassenverkehrssteuern Revision des Gesetzes über die Organisation der Kantonspolizei	O	6 915	6 736
1969	14.9 78,99 %	Frauenstimmrechtsinitiative Einbürgerungsgesetz	I O	6 698	7 480
	14.12 75,06 %	Revision des Schulgesetzes Erhöhung der Berechtigungsgrenzen für Bezug von AHV-Ergänzungsleistungen	O O	9 685	2 751
1970	1.2 76,08 %	Revision des Gesetzes über die Gewässer	G	8 494	4 190
	13.12 73,67 %	Personalgesetz Gesundheitsgesetz	O O	7 863	3 979
<i>Schwyz</i>					
1966	20.3 43,82 %	Gesetz über Wahlen und Abstimmungen	O	3 721	6 776
	15.5 42,15 %	Gesetz über Finanzierung der Tierseuchenbekämpfung	O	6 413	3 285
	16.10 47,11 %	Erhöhung der Zahl der Mitglieder des Erziehungsrates (Verfassungsrevision)	O	4 151	6 599
		Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Förderung des Wohnungsbaus	O	5 271	5 470
1967	29.1 44,34 %	Gesetz über Wahlen und Abstimmungen Gesetz über Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern	O O	4 562	6 022
		Gesetz über Tierzucht	O	2 832	7 877
	23.4 36,36 %	Gesetz über Zinsfuss Revision des Gesetzes über das Halten von Hunden	O O	5 238	3 477
	4.6 39,4 %	Neubau eines Gewerbeschulhauses Ausserschwyz in Pfäffikon	O	7 418	2 052
		Revision des Gesetzes über Finanzausgleich	O	6 545	2 995
		Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Förderung des Wohnungsbaus	O	5 946	3 579
	2.7 38,32 %	Schaffung eines Erziehungs- beratungsdienstes	F	3 126	6 262
1968	14.1 44,78 %	Revision der Verordnung über Ruhegehälter der Regierungsräte	F	3 730	7 133
	19.5 54,5 %	Neues Baugesetz	O	6 588	6 776
1969	14.9 35,55 %	Erweiterung des Lehrerseminars Rickenbach	O	4 246	4 627

		Fremdenverkehrsgesetz	O	3 324	5 146
	7.12	Investitionshilfe an Schweiz. Südostbahn	O	6 455	2 250
	34,53 %	Aufhebung veralteter bzw. überholter gesetzlicher Erlasse	O	5 512	2 844
1970	24.5	Gesetz über die Organisation der Gemeinden und Bezirke	O	6 390	4 106
	44,09 %	Gesetz über Erwerb und Verlust des Gemeindebürgerrechts	O	6 030	4 186
		Gesetz über die Haftung des Gemeinwesens	O	6 194	3 825
	27.9	Gesetz über die Motorfahrzeugsteuern	O	3 710	7 231
	42,93 %	Baugesetz	O	5 530	5 341
		Revision des Gesetzes über die Erhebung örtlicher Vergnügungssteuern	O	5 746	4 977
	15.11	Beitritt zum Konkordat über die IMP	F	4 338	8 421
	50,08 %	Verordnung über die öffentlichen Ruhetage	F	5 349	7 403
		Gesetz über die Erhebung einer Kurtaxe durch die Gemeinden	O	8 516	4 162
		Gesetz über Kinderzulagen	O	10 230	2 463
Solothurn					
1966	26.6	Gesetz über Abstimmungen und Wahlen	O	7 400	3 183
	19,16 %	Verfassungsgrundlage für Verantwortlichkeitsgesetz (Verfassungsrevision)	O	6 995	3 550
		Verantwortlichkeitsgesetz	O	7 045	3 527
		Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Förderung des Wohnungsbaus	O	6 689	3 897
	11.9	Neue Zivilprozessordnung	O	7 081	3 259
	18,62 %	Gesetz über Hebammenwesen und unentgeltliche Geburtshilfe	O	8 144	2 275
		Neubau des Staatsarchivs	O	5 320	5 034
1967	28.5	Spitalvorlage V	O	13 866	3 639
	30,88 %	Gesetz über Kulturförderung	O	9 746	7 509
		Einführungsgesetz zum KUVG	O	12 445	4 950
	2.7	Ausbau der Mittelschulen	O	16 655	5 559
	39,88 %	Revision des Familienzulagengesetzes	O	16 769	5 442
1968	18.2	Frauenstimmrecht in kantonalen Angelegenheiten	O	14 988	20 303
	61,51 %	Frauenstimmrecht in Gemeindeangelegenheiten	O	16 683	18 597
		Gesetz über Bekämpfung von Tierseuchen	O	28 683	6 075
	19.5	Ermächtigung zur Aufnahme von Staatsanleihen zur Erhöhung des Grundkapitals der Kantonalbank	O	10 159	7 510
	32,1 %	Erhöhung der Beteiligung an der ATEL	O	6 045	9 238
	23.6	Beteiligung an der interkantonalen Försterschule Lyss	O	10 812	4 420
	26,51 %				

6.10 18,7 %	Aufhebung des Arbeitsbeschaffungs-	O	7 745	2 736	
	programmbeschlusses				
	Revision des Wasserrechtsgesetzes	G	7 685	2 888	
	Herausgabe einer bereinigten Sammlung				
	der Erlasse	O	6 858	3 626	
8.12 35,52 %	Förderung des Baus von Alters- und				
	Invalidenwohnungen	O	8 617	2 008	
	Schaffung einer Ölwehr	O	8 077	2 489	
	Revision des Steuergesetzes	O	10 118	10 520	
	Einführung der akademischen				
Berufsberatung	O	12 230	8 241		
1969 26.1 34,72 %	Initiative für Ausschluss von Richtern aus				
	dem Kantonsrat	I	10 419	9 667	
	Neubau der Motorfahrzeugkontrolle	O	9 981	9 942	
	Revision des Besoldungsgesetzes für die				
	Lehrkräfte	O	11 891	7 992	
1.6 37,92 %	Staatsbeitrag an Säuglingsheim Biberist	O	16 442	3 565	
	Initiative für Befristung der Behandlung				
	von Volksinitiativen (Verfassungsrevision)	I	13 194	7 531	
	Staatsbeitrag an Kinderheim Blumenhaus	O	17 569	3 496	
	Erweiterung der Kantonsschule Solothurn	O	13 190	7 769	
14.9 34,61 %	Verfassungsrevision in Anpassung an				
	neues Schulgesetz	O	14 242	5 487	
	Aufhebung des Schulmonopols	O	11 073	8 690	
	Neues Volksschulgesetz	O	14 189	5 488	
	Verfassungsrevision über Ausschluss				
hauptamtlicher Richter aus dem					
Kantonsrat	O	13 328	6 366		
7.12 18,46 %	Verzicht auf Volkswahl der Salzauswäger				
	(Verfassungsrevision)	O	8 740	1 634	
	Gesetz über das Salzregal	O	8 578	1 772	
	Betriebsbeiträge an Krankenpflegeschulen	O	8 793	1 598	
	Revision des Viehversicherungsgesetzes	O	7 262	2 833	
1970 1.2 42,37 %	Revision des Gesetzes über Ergänzungs-				
	leistungen zu AHV und IV	O	20 778	2 908	
	7.6 80,31 %	Neubau einer Pflegerinnenschule in Olten	O	37 733	5 936
	Beteiligung an Schwesternschule in				
	Kinderklinik Luzern	O	34 759	8 994	
	Gesamtmelioration und Korrektion der				
	Ösch und der Birs	O	35 341	8 083	
	Revision des Wasserrechtsgesetzes	O	33 074	9 927	
	Neue Strafprozessordnung	O	29 985	11 206	
	Revision des Staatspersonalgesetzes	O	26 821	15 989	
Revision des Kantonalbankgesetzes	O	29 599	13 019		
Wiederherstellung der korporativen					
Selbständigkeit des Klosters Mariastein	O	29 035	14 017		

	27.9	Jugendheimgesetz	O	16 384	6 030
	39,15 %	Fortsetzung der Hilfe an konzessionierte Bahnunternehmungen	O	12 369	9 879
	15.11	Fakultatives Gemeindefrauenstimmrecht	O	20 544	10 627
	53,4 %	Revision des Steuergesetzes	O	20 549	9 978
		Gesetz über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen	O	20 129	10 179
		Sofortausbau der kantonalen Datenverarbeitungsanlage	O	16 158	14 258
		Anschaffung und Erweiterung von Datenverarbeitungsanlagen	O	13 756	16 630
<i>St. Gallen</i>					
1966	20.3 48,03 %	Beitrag an Melioration Dietschwil in Kirchberg	O	29 130	11 250
		Kredit von 2,7 Mio Fr. für Bau eines Schwesternhauses und Schulpavillons im Kantonsspital	O	34 893	6 471
		Kredit von 7,8 Mio Fr. für Neubau eines Gemeindespitals in Wil	O	33 820	7 369
		Gesetz über Ergänzungsleistungen zu AHV und IV	O	36 368	5 269
	16.10 50,89 %	Neues Krankenversicherungsgesetz	O	30 787	13 642
		Beitrag an Ausbau des Krankenhauses Rorschach	O	36 384	8 848
		Beitrag an Rebbergmelioration in Berneck	O	20 733	23 615
	11.12 49,82 %	Staatsbeitrag an Bäderklinik Valens	O	35 266	8 805
		Neubau eines Krankenhauses in Uznach	O	39 612	4 926
1967	16.4 48,17 %	Verlängerung der Amtsdauer der Ständeräte und Einführung der Volkswahl	O	24 229	17 023
		Staatsbeiträge an Gemeindekrankenhäuser	O	38 385	3 973
		Förderung des Wohnungsbaus	O	27 956	13 468
	28.5 46,25 %	Kredit von 4,3 Mio Fr. für Ausbau der Kantonsschule Sargans	O	32 104	9 787
		Kredit von 7 Mio Fr. zur Errichtung einer Zweigmittelschule Wattwil	O	30 349	10 468
		Revision des Stipendienartikels in der Verfassung	O	23 356	17 042
1968	18.2 40,74 %	Beteiligung des Kantons am Neutechnikum Buchs	O	25 697	9 599
	19.5 49,13 %	Einführungsgesetz zum eidg. Berufsbildungsgesetz	O	30 378	13 708
		Restauration des Lehrerseminars Mariaberg	O	30 798	13 660
	8.9 40,43 %	Staatsbeitrag an Erweiterung des Gemeindekrankenhauses Wattwil	O	34 033	2 998
1969	23.3 44,61 %	Beitritt zur Vereinbarung über interkantonales Technikum Rapperswil	O	28 293	12 238

		Wasserbaugesetz	O	29 384	10 882
1970	1.2 46,46 %	Nachtrag zur Kantonsverfassung (Mitgliederzahl des Grossen Rates)	O	29 692	11 583
		Kredit für Hochhaus zwei des Kantonsspitals	O	39 114	4 208
	27.9 53,46 %	Fakultative Einführung des Frauenstimmrechts in den Gemeinden	O	24 129	26 906
		Erweiterungsbauten der Hochschule St. Gallen	O	24 377	25 695
<i>Tessin</i>					
1966	24.4 57,83 %	Einführung des Frauenstimmrechts	I	15 961	17 155
1967	29.10 56,75 %	Redaktionelle Neufassung der Kantonsverfassung	O	25 591	4 469
1968	18.2 34,27 %	Gastwirtschaftsgesetz	F	10 382	9 399
1969	20.4 48,17 %	Planungsgesetz	F	8 938	19 284
	18.5 35,05 %	Ausbau des Flugplatzes Locarno- Magadino	F	8 007	12 610
	19.10 53,7 %	Frauenstimmrecht	O	20 038	11 751
1970	31.5 26,15 %	Elf Verfassungsrevisionen: Gewaltentrennung (neuer Art. 19 bis)	O	30 318	3 460
		Unvereinbarkeit aus Verwandtschafts- gründen (Art. 21)		29 808	3 745
		Unvereinbarkeit mit Berufen oder andern Ämtern (Art. 21)		29 715	3 744
		Erhöhung der Zahl der Grossräte von 65 auf 90 (Art. 25)		19 150	14 765
		Wahl und Zuständigkeit der Amtsrichter (Art. 45 und 47)		29 290	3 855
		Amtsdauer, Wahltermin, Einberufung des Grossen Rates (Art. 26, neuer Art. 26 bis, Art. 35)		30 209	3 181
		Gleichzeitigkeit der Ständerats- und Nationalratswahlen (Art. 52)		30 058	3 398
		Erhöhung der Unterschriftenzahl für Gesetzesinitiativen (Art. 59)		27 642	5 829
		Erhöhung der Unterschriftenzahl für Verfassungsinitiativen (Art. 54, 56)		27 468	6 036
		Erhöhung der Unterschriftenzahl für Referenden (Art. 60)		27 645	5 817
		Verbot kantonaler oder kommunaler Urnengänge im Juli und August (neuer Art. 63)		29 309	4 055

Thurgau

1966	27.3	Ergänzung der Zivilprozessordnung	O	16 431	6 311
	57,95 %	Fürsorgegesetz	O	18 691	4 870
		Lehrerbesoldungsgesetz	O	16 536	7 300
		Gesetz über Jagd und Vogelschutz	O	18 941	4 620
	10.7	Verlängerung der Amtsdauer für			
	49,49 %	Behörden und Beamte	O	14 382	6 190
		Gesetz über Ergänzungsleistungen zu AHV und IV	O	19 368	1 652
1967	29.1	Gesetz über Förderung des			
	55,48 %	Wohnungsbaus	O	12 277	11 058
		Kinderzulagengesetz	O	17 417	6 030
		Gesetz über obligatorische Krankenversicherung	O	16 981	6 362
	28.5	Bau eines Kantonsspitals in Frauenfeld	O	20 164	4 192
	56 %				
1968	29.9	Gesetz über Organisation der			
	58,55 %	Kantonsschulen	O	15 291	9 863
		Erhöhte Kostenbeteiligung am Säuglings- und Kinderspital St. Gallen	O	21 266	4 171
		Ausbau der landwirtschaftlichen Schule Arenenberg	O	17 273	8 189
	27.10	Gesetz über Strassenverkehrsabgaben	O	10 821	11 487
	52,04 %				
1969	26.1	Frauenstimmrecht in Schulgemeinden	O	13 568	13 164
	60,26 %	Erweiterung des Lehrerseminars Kreuzlingen	O	14 276	12 208
	1.6	Revision des Eisenbahngesetzes	O	14 683	7 662
	54,5 %	Revision des Gebäudeversicherungsgesetzes	O	15 727	6 848
1970	1.2	Gesetz über Ausbildung und Sicherstellung von Pflege- und ärztlichem Hilfspersonal für Krankenanstalten	O	24 796	1 648
	59,8 %				
	27.9	Gesetz über den Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung	O	14 858	9 655
	58,51 %	Ausbau des Alters- und Pflegeheims St. Katharinental	O	19 085	6 684
		Ausbau des Kantonsspitals Münsterlingen	O	20 621	4 893
		Ausbau der Wasserversorgung Münsterlingen	O	20 976	4 240
	25.10	Revision des Steuergesetzes	O	13 074	12 247
	57,08 %				
	15.11	Revision des Gesetzes über die Organisation der öffentlichen Krankenanstalten	O	18 211	5 639
	56,71 %	Revision der Zivilprozessordnung	O	14 252	8 833
		Revision des Gesetzes über Massnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus	O	13 151	10 583

<i>Uri</i>					
1966	1.5 46,95 %	Gesetz über die Filmzensur	O	2 569	1 136
	19.6 44,71 %	Tanzgesetz	O	2 615	1 127
		Gesetz über Ergänzungsleistungen zu AHV und IV	O	3 343	494
	16.10 55,37 %	Revision des Gesetzes über Beitragsleistungen an Besoldung der Lehrerschaft	O	2 941	1 739
1967	7.5 44,38 %	Einführungsgesetz zum KUVG	O	2 491	977
	29.10 56,67 %	Kredit für Erneuerung der Furka-Oberalp-Bahn	O	3 239	1 549
1968	28.2 50,62 %	Kredit für Lawinenverbauung Geissberg-Gurtellen	O	4 085	338
	5.5 69,22 %	Bau eines Unterseminars	O	3 762	2 417
	19.5 60,35 %	Revision des Kantonalbankgesetzes	O	3 527	1 518
		Neuorganisation der Erziehungsbehörden	O	3 505	1 572
1969	23.3 51,2 %	Initiative für Revision des Artikels 21 des Einführungsgesetzes zum KUVG	I	3 228	1 222
		Nachtragskredit für Neubau einer kantonalen Motorfahrzeugkontrolle und eines Untersuchungsgefängnisses in Bürglen	O	2 190	2 319
	1.6 53,8 %	Erwerb der « Sigwart-Matte »	O	3 320	1 579
1970	10.5 59,84 %	Baugesetz	O	3 014	2 228
		Beitrag an Gymnasium St. Josef	O	3 617	1 752
		Kredit für Gebäude für Motorfahrzeugkontrolle und Untersuchungsgefängnis	O	2 541	2 915
	27.9 51,32 %	Gesetz über das Gesundheitswesen	O	3 138	1 352
		Ausbau der Mittelschulen	O	2 605	2 064
<i>Waadt</i>					
1966	30.1 33,1 %	Beteiligung am Bau des Flugplatzes Etagnières	F	29 752	60 182
1970	10.5 25,4 %	Katholikenstatut	O	39 014	32 481
	18.10 14,9 %	Steuerinitiative	I	13 520	28 666
<i>Wallis</i>					
1966	30.1 25,21 %	Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Miteigentum und Stockwerkeigentum	O	10 890	1 811
		Ergänzungsleistungen zu AHV und IV	O	12 365	793
	16.10 43,3 %	Kredit für Anschaffung einer elektronischen Datenverarbeitungsanlage	O	9 423	13 418

1967	5.3	Arbeitsgesetz (Einführungsgesetz)	O	11 733	6 937
	35,21 %	Feuerpolizeigesetz	O	9 137	9 266
		Interkantonales Konkordat über Strafvollzug	O	10 515	7 217
	3.12	Kredit von 3,6 Mio Fr. für Furka-Oberalp-Bahn	O	10 294	2 120
1969	20.4	Gesetz über die Handelspolizei	O	6 408	2 042
	16,01 %	Dekret über Gewässerschutz	O	7 394	1 246
		Kredit für den Bau eines Heims für geistig Behinderte	O	7 920	860
	13.7	Kredit für olympische Winterspiele 1976	O	15 979	7 279
	41,81 %				
	14.9	Reglement für die Kantonalkbank	O	7 321	2 758
	18,82 %	Einführung des Proporz bei Gemeindevahlen	O	7 703	2 546
		Verfassungsrevision über Wählbarkeit der Staatsräte	O	4 395	5 729
1970	1.2	Revision des Gesetzes über Familienzulagen an selbständigerwerbende Landwirte	O	21 566	5 122
	48,53 %	Revision des Gesetzes über Familienzulagen an Arbeitnehmer	G	21 452	5 162
		Ankauf der Liegenschaft Aymon in Sitten	O	13 200	13 391
		Gesetz über das Gastgewerbe	O	8 198	18 406
		Gesetz über die Besteuerung der Motorfahrzeuge	O	4 515	22 388
	12.4	Frauenstimmrecht	O	26 263	9 895
	64,25 %				
<i>Zug</i>					
1969	23.2	Neu- und Ausbau der landwirtschaftlichen Schule Cham	F	4 196	2 937
<i>Zürich</i>					
1966	6.2	Bodenrechtsinitiative	I	60 787	98 507
	60,55 %	Förderung des Wohnungsbaus	O	114 025	45 615
	24.4	Gesetz über die Abänderung des Gesetzes über die direkten Steuern und des Gesetzes über die Gebäudeversicherung	O	88 737	53 806
	58,92 %	Revision des Gesetzes über das Ausverkaufswesen	O	102 770	36 433
	11.9	Gesetz über Ergänzungsleistungen zu AHV und IV	O	108 645	9 383
	44,97 %	Finanzausgleichsgesetz	O	81 897	33 905
		Gesetz über Staatsbeiträge an Zivilschutz	O	73 366	42 812
		Gesetz über Verkehrsabgaben	O	66 126	48 600
		Kredit von 4,4 Mio Fr. für Verpflegungsstätte der Universität	O	67 854	48 523

	16.10	Kredit von 6,7 Mio Fr. für			
	55,72 %	Institutsgebäude der Universität	O	81 455	66 123
	20.11	Frauenstimm- und Wahlrecht	O	93 372	107 773
	74,03 %	Revision des Steuergesetzes	G	117 848	70 637
		Staatsbeitrag an Stadtpital Waid	O	162 778	34 918
		Kredit für Verwaltungsgebäude	O	99 557	88 065
1967	28.5	Revision des Kantonalbankgesetzes	O	81 708	35 119
	47,11 %	Bau einer neuen Frauenklinik	O	66 449	57 779
	2.7	Gerichtsverfassungsgesetz	O	97 236	29 811
	50,97 %	Wasserbaugesetz	O	111 210	20 193
		Kantonsschulanlage Zürich-Oerlikon	O	49 088	84 917
	3.12	Vollzugsgesetz über Berufsbildung	O	86 972	27 609
	44,35 %	Förderung des Wohnungsbaus	O	75 197	41 079
		Neubauten Klinik Rheinau	O	84 472	30 847
1968	30.6	Staatsbeiträge an Töcherschule der			
	35,6 %	Stadt Zürich	O	58 837	35 427
		Staatsbeiträge an Schwesternschule			
		Limmattal	O	77 186	17 671
	22.9	Kinderzulageninitiative	I	35 031	75 932
	42,57 %	Gegenvorschlag zur Kinderzulagen-			
		initiative	G	71 514	34 227
1969	23.3	Interkantonales Technikum Rapperswil	O	85 607	41 259
	47,66 %	Ausbau des Kantonsspitals Winterthur	O	107 734	19 603
		Fernwärmeversorgung Hagenholz	O	99 711	26 922
		Krankenhaus Sanitas Kilchberg	O	100 702	25 185
		Ausbau des Kantonsspitals Zürich	O	114 003	12 847
	1.6	Vorschlagsrecht des Volkes			
	48,22 %	(Verfassungsrevision)	O	86 093	33 269
		Gesetz über das Vorschlagsrecht			
		des Volkes	O	100 825	22 484
		Zusatzleistungen zu AHV und IV	O	120 031	11 982
		Beitrag an Spital Neumünster	O	114 646	17 902
		Betriebsgebäude Affoltern a.A.	O	75 894	53 385
		Krankenheim Affoltern a.A.	O	111 794	20 357
	14.9	Fakultatives Gemeindefrauenstimmrecht			
	57,93 %	(Verfassungsrevision)	O	92 402	67 192
		Verfassungsrevision über Staatshaftung	O	102 863	40 406
		Haftungsgesetz	O	109 386	34 849
		Revision des Gemeindegesetzes	O	96 557	41 575
		Staatsbeitrag an Heim Wangerenhof			
		in Uster	O	104 222	46 746
	30.11	Tierschutzgesetz	O	107 562	11 541
	44,71 %	Neues Strassenverkehrsamt	O	69 451	50 210
		Schule für Chronischkrankenpflege	O	107 828	13 262
		Kreisspital Pfäffikon	O	108 742	12 422
		Kreisspital Wetzikon	O	105 881	15 092

		Konservatorium Zürich (Beitragserhöhung)	O	70 390	48 662
1970	1.2	Gesetz über die Förderung des kulturellen Lebens	O	99 288	52 095
	56,51 %				
	26.4	Staatsbeitrag an den Bau eines Krankenheims in Feuerthalen	O	114 982	12 879
	47,12 %				
		Kredit für Technikum Winterthur	O	93 927	32 762
		Kredit für kantonale psychiatrische Universitäts-Klinik Burghölzli	O	105 817	21 521
	5.7	Revision des Gesetzes über die direkten Steuern	G	95 928	14 016
	41 %				
		Revision des Gesetzes über die Erbschafts- und Schenkungssteuern	G	91 418	16 689
	27.9	Fluglärmsgesetz	O	134 501	32 590
	59,93 %				
		Kredit für die 3. Bauetappe des Flughafens Zürich	O	103 867	64 152
		Kredit für die Korrektur des Chrebsbaches	O	120 667	41 479
	15.11	Einführung des Frauenstimmrechts	O	115 839	57 010
	59,75 %				
		Verlegung der landwirtschaftlichen Schule Strickhof	O	122 165	48 833